

**„TISCH, TANK ODER TAGFALTER?“ – ERNÄHRUNG,
BIOENERGIE UND NATURSCHUTZ IN KONKURRENZ:**

*Vortrag von Lutz Ribbe, Direktor der umweltpolitischen
Abteilung der Stiftung EuroNatur, Bonn.*

Pater Geißinger hat heute in seiner Begrüßung gesagt, es gehe immer darum, das richtige Maß zu finden. Die Frage ist: sind wir dabei, es zu finden? Genau darum soll es auch in meinem Vortrag gehen, den ich nach dem faszinierenden Festvortrag von Herrn Wieland gestern Abend noch einmal umgebaut habe, da er schon einige Antworten auf Fragen gegeben hat, die auch mir gestellt worden sind.

So hat er von den absehbaren Veränderungen unserer Landschaft gesprochen, die sich immer schneller vollziehen, denn in der Agrarpolitik wird es weiter um die Steigerung der Produktivität gehen. Damit hat er recht. Die Steigerung der Produktivität ist schon seit den Römischen Verträgen von 1958 als Ziel europäischer Agrarpolitik festgeschrieben, und an diesem Ziel hat sich seither nichts geändert. Herr Wieland hat aber auch gesagt, dass es heute um ganz andere Dinge gehen müsste: um Nachhaltigkeit, Zukunftsfähigkeit, Klimaschutz und die Bekämpfung des Hungers in der Welt.

Herr Wieland hat berichtet, was sich infolge der Abnahme von Grünland und der Zunahme von Monokulturen – allen voran von Mais und Raps – in der Landschaft abspielt. Er hat auch angedeutet, dass Geld heute nicht mehr in, sondern an der Landwirtschaft verdient wird. Es sind viele, die an der Landwirtschaft Geld verdienen,



wobei die Bauern allerdings die letzten sind. Der Bauer ist zu einer Art Wegwerfartikel geworden. Er taugt eigentlich nur noch als Klischee für bunte Bilder im Ferienprospekt, während es auf den Märkten längst um ganz andere Dinge geht. Der Verdienst des Bauern ist das Produkt aus produzierter Menge mal Erzeugerpreis minus Kosten. Ästhetische Landschaften, früher Beiprodukte bäuerlicher Nutzungsformen, und Artenvielfalt gibt es praktisch nicht mehr. Das sind Kostenfaktoren, Biodiversität hat keinen Marktpreis. Die Kosten müssen reduziert werden, sagt die Betriebswirtschaftslehre. Vielleicht ist es aber auch der Tagfalter, der ganz unten auf der Preisliste steht, und nicht der Bauer.

Herr Wieland hat auch gesagt: Der Tagfalter hat keine Lobby. Damit hat er mir ein wenig weh getan. Denn eigentlich betrachte ich mich gern als Lobbyist für den Tagfalter. Gern gebe ich, Herr Wieland, aber zu, dass der Einfluss, den ich und meine Kollegen aus den Naturschutzverbänden ausüben, vergleichsweise gering ist.

In Berlin und Brüssel gibt es ganz andere Lobbyisten mit ganz anderer Macht. Seit zehn Jahren bin ich Mitglied im Wirtschafts- und Sozialausschuss der EU. In dieser Zeit habe ich so meine Erfahrungen gemacht mit den Lobbyisten, dem Lobbyismus und der Suche nach dem richtigen Maß.

Ist es nicht so, dass auch die Debatte über „Agro“-Kraftstoffe – ich spreche bewusst nicht von „Bio“-Kraftstoffen – von Interessen gelenkt wird und nicht nur von guten Argumenten? Wird die Politik vielleicht sogar mehr vom Lobbyismus bestimmt als von der Vernunft? Was lehren uns manche der von Herrn Dr. Spandau zitierten Sachverständigen-Gutachten, die oft ja von gewissen Entwicklungen abraten, ohne dass sich das dann in der Politik niederschlägt? Werden wir im Jahr 2009 das richtige Maß finden?

Ich will in diesem Vortrag nicht nur über „Tisch, Tank und Tagfalter“ sprechen, sondern auch vom Trog. Ich möchte einige Impulse geben, aber auch noch mehr Fragen stellen. Wir leben im Jahr 2009, und in diesem Jahr haben wir bereits von einer Menge Krisen gehört: Finanz- und Wirtschaftskrise, Energiekrise, Klimakrise, Biodiversitätskrise, Hungerkrise, Milchkrise ... Krisen über Krisen. Fragt eigentlich jemand, ob diese Häufung ein Zufall ist? Oder gibt es Gründe für das zeitliche Zusammentreffen dieser unterschiedlichen Krisen?

Was hat die Milchkrise mit dem Klimaschutz zu tun? Gibt es einen Zusammenhang zwischen Biodiversität und dem Welthunger? Solche eher grundsätzlichen Fragen sind politisch unangenehm. In Krisenzeiten ist Handeln angesagt! Dafür braucht man einfache Antworten auf einfache Fragen.

Der Ruf nach Agro-Kraftstoffen ist so eine einfache Antwort: Ersetzen wir einfach fossile Energieträger durch Biomasse, dann brauchen wir nicht viel verändern: Bio statt fossil, dann ist keine andere Verkehrspolitik nötig. Dann brauchen keine anderen Autos und keine neuen Antriebs- und Verkehrssysteme. Was also ist davon zu halten, dass die Politik auf Agro-Kraftstoffe setzt? Ist dies Teil einer Lösung oder Teil einer Verschärfung oder Verschleierung des Problems? Was treibt die politischen Entscheidungsträger, gerade so zu handeln, wie ich es Ihnen gleich schildern werde? Um dies zu verstehen, muss man die Kriterien kennen, nach denen entschieden wurde. Kennt man sie, dann kommen einem Zweifel an der Weisheit der Entscheidung für Agro-Kraftstoffe.

Die EU hat sich ehrgeizige Klimaziele gesetzt. Sie hat beschlossen, die Emission von Treibhausgasen bis 2020 um 30 Prozent zu reduzieren, wenn andere Industrienationen mitmachen. Wenn nicht, werde die EU den Ausstoß im Alleingang um 20 Prozent verringern. Darüber hinaus haben die Staats- und Regierungschefs etwas Wichtiges gesagt: Das reicht nicht. Wir müssen viel weiter gehen. Bis zum Jahr 2050 müssen wir einen Rückgang des CO₂-Eintrags in die Atmosphäre um 60 bis 80 Prozent erreichen. Das sind ambitionierte Ziele. Die EU-Kommission spricht von einer – ich zitiere – „neuen industriellen Revolution“.

Ich habe immer davon geträumt, einmal bei einer Revolution dabei sein und vielleicht mitmachen zu dürfen. Nun ist es soweit: die Revolutionsführer heißen Barroso und Verheugen! Warten wir ab, was dabei herauskommt. Spannend wird es auf jeden Fall.

Es ist das dann nicht die erste industrielle Revolution, denn eine solche hatten wir ja schon. Worauf basierte diese industrielle Revolution? Und worauf basiert unsere Wirtschaft heute?

Unser Wirtschaften basiert auf der Übernutzung der fossilen Energieträger Öl, Kohle und Gas sowie anderer Ressourcen, und wie Herr Wieland gestern sehr zu recht ausgeführt hat, auch auf der zunehmenden Ausräumung unserer Landschaft, auf der Plünderung der Meere sowie – mehr und mehr – auf der Manipulation der Gene.

Was aber sind Öl, Kohle und Gas, durch deren Verbrauch wir unseren Reichtum geschaffen haben? Es ist nichts anderes als gespeicherte Biomasse und somit gespeicherte Sonnenenergie, welche die Natur in der Erde eingelagert und mit der sie uns ein großes Geschenk gemacht hat. Und was machen wir? Wir fressen derzeit dieses Geschenk auf wie die Made den Speck. Die Made allerdings wird zur Fliege und kann wegfliegen. Ich bin gespannt, wo wir hinfliegen werden, wenn wir allen Speck aufgefressen haben ...

Wir müssen wegkommen vom Aufzehren dieser Speicher, von der Übernutzung der natürlichen Ressourcen. Wir müssen das rechte Maß finden. „Grenzen des Wachstums“ lautet der Titel eines Buches des Club of Rome, das mich persönlich sehr geprägt hat. Ich denke, wir alle sollten dieses Buch wieder einmal in die Hand nehmen und daraus lernen, das „rechte Maß zu finden“. Denn wir werden diese Speicher nicht mehr lange haben.

Wir haben keine Wahl: Wir müssen hin zur direkten Nutzung der Sonnenenergie, und dies in doppelter Form: einerseits mittelbar als Biomasse, also in Gestalt gespeicherter Sonnenenergie, andererseits unmittelbar mit Hilfe von Techniken wie der Solarthermie oder Photovoltaik. Selbst Windkraftanlagen nutzen Solarenergie.

Das Entscheidende ist, herauszufinden, wo was möglich und sinnvoll ist, wo welche Technik am besten Anwendung findet. Wir müssen das richtige Maß finden, und die edelste Aufgabe der Politik wäre es, Wirtschaft und Gesellschaft genau dorthin zu steuern.

Eine Verringerung der CO₂-Emissionen um 80 Prozent lässt sich nicht mir nichts, dir nichts erreichen. Das ist nur möglich durch konsequentes Energiesparen, höchste Energieeffizienz und strukturelle Veränderungen in allen Sektoren unseres Lebens, einschließlich Landwirtschaft und Verkehr. Dazu aber bedarf es viel mehr als ein paar kleinerer technischer Veränderungen wie den Austausch eines Energieträgers durch einen anderen.

Fragen wir uns ganz offen: Wer will denn wirklich Veränderungen? Die „Player“, die doch gerade von dem gegenwärtigen System profitieren? Die RWEs und die Monsanto dieser Welt, die zu Gericht ziehen, wenn Politiker Entscheidungen treffen, die ihnen nicht passen? Allmählich fängt die Politik jedoch an, auf die Herausforderungen zu reagieren, oft aber recht widersprüchlich.

So hat es sich die EU einerseits zum Ziel gesetzt, als Maßnahme gegen den Klimawandel den Anteil von Biokraftstoffen auf 10 Prozent des gesamten Benzin- und Dieselverbrauchs zu steigern, andererseits hatte sie bereits im Jahr 2001 versprochen, bis 2010 den Verlust an Biodiversität zu stoppen. Gerade am vergangenen Montag aber hat Herr Barroso in Athen erklärt, dass man dieses zweite Ziel nicht erreichen werde. Die Gründe: Probleme mit der Biomasse und der Intensivierung der Landwirtschaft.

Wir wollen eine Reform der Agrarpolitik. Herr Fischler, ich habe Ihre Politik wirklich bewundert. Sie haben sich auf EU-Ebene für ein „Europäisches Agrarmodell“ eingesetzt, für eine Landwirtschaft, die mehr leistet als nur möglichst billig Rohstoffe zu produzieren. Sie haben immer wieder gesagt, dass die Multifunktionalität, die Vielfalt in unserer Umwelt und Kultur – also das, was Herr Wieland gestern geschildert hat – bewahrt und nach Möglichkeit dort, wo bereits Schäden angerichtet wurden, wiederhergestellt werden muss. Wir stehen damit vor der Herausforderung, gleichzeitig Klimaschutz und Erhalt der Biodiversität zu bewerkstelligen.

Um diese zu meistern, brauchen wir Veränderungen in der Agrarpolitik, auch bei den Geldflüssen. Geld ist ja genug da: Von 50 Milliarden Euro ist die Rede, wovon rund 40 Milliarden in die Direktzahlungen an die Bauern fließen. Manchmal fragt man sich, was wir als Steuerzahler eigentlich dafür an Gegenleistung kriegen. Die Bauern müssen dafür Gesetze einhalten! Gesetze, die es aber nicht zu verhindern gewusst haben, dass es zu einem weiteren Verlust an Biodiversität kommt! Ist es das, wofür wir im Jahr 40 Milliarden Euro ausgeben sollen: für ausgeräumte Landschaften mit Flurbereinigungsingenieurhecken?

Mit den übrigen 10 Milliarden Euro werden sowohl Agrarumweltprogramme als auch Flurbereinigung und Stallbaumaßnahmen finanziert. Herr Fischler, Sie haben sich einmal dafür eingesetzt, dass diese so genannte „Zweite Säule der Agrarpolitik“ gestärkt wird. Dagegen gab und gibt es eine erfolgreiche Lobby, und es gab auch Polemik. Ich zitiere: „Heute bezahlt man die Landwirte mit Steuergeldern über die „Zweite Säule“, damit sie den Boden nicht effizient bewirtschaften. Das ist ein nicht mehr zeitgemäßes Politikkonzept.“ Herr Bartmer, Sie wurden so zitiert. Ich denke, Sie werden darauf eingehen. Ich habe damit so meine Probleme.

Bei diesen Direktzahlungen der EU-Agrarpolitik gibt es sehr unterschiedliche Profiteure. Eigentlich sollte veröffentlicht werden, wer wie viel Geld bekommt. Das ist in Deutschland – als einzigem Land – auf Druck des Bauernverbandes gerichtlich gestoppt worden, obwohl die Empfänger der Subventionen schriftlich zugestimmt haben, dass der Geldtransfer öffentlich gemacht wird. Aber es ist klar, dass einige gern beim intransparenten System bleiben wollen, denn so wird nicht bekannt, was so alles abläuft. Dass beispielsweise Südzucker pro Jahr 2,7 Millionen Euro an Direktzahlungen bekommt, und damit genauso viel wie die 1.219 Landwirte im Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen, in dem wir uns heute befinden. Die zehn größten Agrargenossenschaften in Brandenburg bekommen jährlich 18,6 Millionen Euro Direktzahlungen, die rund 3.100 Bauernhöfe im Landkreis Rosenheim 18,2 Millionen. Da gibt es sicher noch eine Menge Diskussionsbedarf.



Die neue EU-Richtlinie für erneuerbare Energien setzt für die drei Bereiche Strom, Verkehr und Wärme/Kälte absichtlich keine sektoralen Ziele fest. Jeder Staat soll für sich überlegen, wo er am effizientesten erneuerbare Energien zur Anwendung bringen kann, um dann bis zum Jahr 2020 auf einen EU-Anteil von 20 Prozent am Gesamtenergieverbrauch zu kommen. Der Grundsatz heißt „Flexibilität“: Jeder soll dort aktiv werden, wo er es am wirksamsten kann. Es bleibt also jedem selbst überlassen, ob er Ökostrom produziert oder Wärme aus Restholznutzung gewinnt.

Allerdings gibt es eine Ausnahme, in einem Bereich lässt man keinen Platz für „Flexibilität“: bei den „Bio“-Kraftstoffen. Deren Beimischung verlangt die EU generell. Die Argumente für den Einsatz erneuerbarer Energien klingen auf den ersten Blick ganz besonders gut: heimische Ressourcen, dezentrale Verfügbarkeit, höhere Versorgungssicherheit, Vorteile für die regionale Entwicklung, neue Arbeitsplätze. Das weckt eine Menge Erwartungen. Nur frage ich mich: Treffen diese Argumente auch für Agro-Kraftstoffe zu? Wie steht es wirklich um deren europaweite Verfügbarkeit? Haben wir genug davon? Die Frage ist nicht unberechtigt, schließlich importieren wir schon heute jede Menge Futtermittel, also Treibstoff für unsere Tiere. Wir können also schon heute unsere Tiere nicht mehr selbst ernähren, und glauben aber gleichwohl, nun auch noch den Durst unsere Autos stillen zu können!?

Als wir Ökologen einmal forderten, weltweit komplett auf ökologischen Landbau umzustellen – der Weltagrarrat hat kürzlich bestätigt, dass dies die einzig richtige Strategie ist – sagte man uns: das geht nicht, ihr

seid dann verantwortlich, wenn Menschen verhungern. Und heute sollen wir zugleich auch noch unsere Autos füttern? Da stimmt doch etwas nicht!

Wie wir gehört haben, verschwindet das Grünland, während gleichzeitig verstärkt Mais angebaut wird. Dennoch reicht die Biomasse nicht aus. So bekommt das Logo „Pack den Tiger in den Tank“ eine ganz neue Bedeutung: denn wir holen uns Kraftstoffe z.B. aus Wäldern Asiens, die teilweise die noch letzten Lebensräume der asiatischen Tiger sind.

Ich habe Zweifel, dass wir auf diese Weise durch den Einsatz von Biokraftstoffen tatsächlich – wie uns versprochen wird – unsere Versorgungssicherheit erhöhen. Wir diversifizieren vielleicht unsere Abhängigkeiten, aber mehr auch nicht? Was wir uns früher von den Scheichs geholt haben, importieren wir jetzt aus anderen Ländern. Aber ist das viel besser? Begeben wir uns damit nicht in ein neues Dilemma: billige Biomasseimporte versus naturverträglich gewonnene heimische Biomasse?

Gerade gestern stand im Bundeskabinett der nationale Biomasseaktionsplan auf der Tagesordnung. Dieser sagt aber nichts darüber, wie wir beispielsweise unsere Bio-Abfälle energetisch nutzen könnten. Ebenso wenig steht darin etwas über Landschaftspflegegehölze. Die Bundesregierung setzt ganz klar auf Importe. Dabei stellt niemand in der Politik die Frage, ob die Länder, aus denen wir importieren wollen – von Indonesien, Indien, Thailand ist die Rede – nicht selbst Bedarf haben an umweltverträglich gewonnener Biomasse.

Werden, wenn wir beimischen, tatsächlich, wie versprochen, dezentrale Strukturen geschaffen oder zementieren wir damit nicht vielmehr zentrale Strukturen? Die Mineralölindustrie wird sich freuen, wenn sie statt des fossilen Öls Bioöl bekommt, ihre Strukturen aber nicht zu verändern braucht. Hilft es dem Tagfalter – der Biodiversität, der Multifunktionalität –, wenn wir immer mehr immer ertragreichere Feldfrüchte wie Raps und Mais in Monokulturen anbauen? Wer profitiert von dieser Entwicklung?

Letzten Sonntag lautete die Schlagseite der Zeitung „Euro am Sonntag“: eine Agrarhausse stehe bevor. Es wird in dem Artikel beschrieben, dass die Preise für Weizen, Mais und Soja bald steigen würden und es wurde die Frage gestellt, wie denn bitte schön „Anleger dabei sein könnten“. Das ist die zentrale Frage, die heute gestellt wird: Wie können die Anleger dabei sein, wie können Profite gemacht werden? Ein neuer Fonds – Agrarinvest – wurde bereits aufgelegt. Er verspricht eine jährliche Rendite von 10 Prozent. Umweltgesichtspunkte, Nachhaltigkeit, Klimaschutz – das muss da schon mal hinten anstehen.

Es wird mehr als deutlich: Wir müssen nicht nur über Technik und Technologien sprechen, sondern auch über die „Player“, also über Interessen und Profite.

Kommen wir noch einmal zurück zur EU und zu den Gründen für deren besondere Förderung von Agro-Kraftstoffen. Es wird darauf hingewiesen, dass der Verkehrssektor der Sektor mit dem schnellsten Anstieg an Treibhausgasen ist, die Beimischung von Agro-Kraftstoff soll zur Lösung von Klimaproblemen beitragen.

Eine zweite Begründung für die Förderung von Agro-Kraftstoffen lautet: „Agro-Kraftstoffe sind derzeit noch teurer als andere Formen erneuerbarer Energien, weshalb sie ohne besondere Auflagen kaum entwickelt werden.“ Man sollte sich diesen Satz einmal auf der Zunge zergehen lassen. Denn er bedeutet nichts anderes, als dass die Politik bewusst die Markteinführung eines bekanntermaßen sehr teuren Produktes erzwingt. Wieso macht sie das? Welche Interessen werden damit bedient? Jeder, zumindest jener, der lesen kann und es lesen will, weiß: würde man Biomasse nicht für Agro-Kraftstoffe, sondern für die Wärmegewinnung verwenden, käme uns allen das wesentlich billiger.

Zudem ist längst bekannt, die CO₂-Vermeidungsleistung bei Agro-Kraftstoffen ist viel schlechter als bei der Wärmeerzeugung. Und wir wissen auch, dass Biomasse eine sehr begrenzte Ressource ist.

Ich habe einmal ausgerechnet, was uns diese Politik rein monetär kosten wird: Agro-Kraftstoffe sollen bekanntlich mindestens 35 Prozent weniger CO₂ freisetzen als fossile Kraftstoffe, auch wenn dies nicht immer ganz leicht zu erreichen sein dürfte. Würden wir also fossile Kraftstoffe zu 100 Prozent durch Agro-Kraftstoffe ersetzen und brächten diese tatsächlich 35 Prozent weniger CO₂-Ausstoß, würden die durch den Verkehr verursachten CO₂-Emissionen um 35 Prozent verringert. Da wir aber „nur“ 10 Prozent subsumieren wollen, werden die Emissionen nur um 3,5 Prozent verringert. Der Verkehr aber macht gerade mal 25 Prozent der gesamten Emissionen aus. 25 Prozent von 3,5 ergeben weniger als 1 Prozent! Darum geht es: die ganze Biokraftstoffstrategie der EU würde, wenn sie denn voll umgesetzt würde, den Ausstoß des Treibhausgases CO₂ in der EU folglich gerade mal um 1 Prozent reduzieren!

Dies wiederum würde die Steuerzahler in Europa – bei Vermeidungskosten von 150 bis 300 Euro pro Tonne – circa 1,5 bis 3 Milliarden Euro kosten. Wir könnten es viel billiger haben, wenn wir in die Wärmenutzung einstieg.

Fazit: Agro-Kraftstoffe gehören nicht in den Tank. Was wir brauchen, sind eine andere Verkehrspolitik und andere Antriebstechniken, in erster Linie Elektroantrieb. Wir müssen sicher darüber nachdenken, was wir mit der Flächennutzungspolitik erreichen wollen. Dabei gibt es durchaus Möglichkeiten dezentraler Nutzung. Beispielsweise kann man Traktoren mit reinem Pflanzenöl betreiben, naturverträglich hergestellt in Mischkulturen – urwaldähnlich und tagfalterfreundlich. Man kann, wenn man will, also auf einer Fläche gleichzeitig für Teller, Tank und Trog ernten. Es ist möglich, wird aber nicht gefördert. Derzeit gehen unsere Politiker lieber ganz andere Wege: und so füttern wir Kühe wie Schweine, mit Futter, das wir nicht haben, um Milch zu produzieren, die wir nicht brauchen. Nicht nur die Kuh, die Mais frisst, wird so zum Nahrungskonkurrenten des Menschen, auch das Auto wird es dank der Kraftstoffstrategie. Für mich folgt daraus: Was für die Mineralölwirtschaft interessant sein mag, muss für eine Gesellschaft noch lange nicht gut sein!

Zum Abschluss möchte noch einmal kurz an das Buch „Grenzen des Wachstums“ erinnern, daran appellieren, das rechte Maß zu finden und einen amerikanischen Wirtschaftswissenschaftler zitieren, der gesagt hat: „Wer an ein fortwährendes Wachstum in einer endlichen Welt glaubt, ist entweder ein Verrückter oder Ökonom“.

Ich denke, wir müssen auf zu neuen Ufern, aber bitte mit Weitsicht!